

## Appell der LKMD

### zu den politischen Leitlinien des Bundesrates zum Armeeleitbild

Unter dem Aspekt eines gegenüber vor zehn Jahren veränderten Bedrohungsbildes soll unsere Armee einer massiven Abmagerungskur unterzogen werden. Der neuste Beschluss des Bundesrates lässt ernsthafte Zweifel darüber aufkommen, ob die Armee ihrem Verteidigungsauftrag noch vollkommen gerecht werden kann. Überdies bleiben mit dieser Entscheidung des Bundesrates ganz wesentliche staatspolitische Aspekte unberücksichtigt. Bereits seit Monaten setzt sich die LKMD bei den vorbereitenden Gremien ganz entschieden für die Erhaltung einer echten, vom Volk getragenen Milizarmee ein.

Die Erhaltung einer echten Milizarmee ist nicht zuletzt aus staatspolitischen Gründen eine absolute Notwendigkeit. Unsere Armee darf niemals zu einer Vierten Kraft im Staate werden. Eine Armee XXI wird von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern aber nur dann mitgetragen, wenn grundsätzlich jeder Stimmbürger staatspolitisch in unserer neuen Armee engagiert bleibt und in die Sicherheitspolitik eingebunden wird. Mit dem geplanten Entlassungsalter von 30/32 Jahren ist dies jedoch nicht mehr der Fall. Der nach nur zehnjährigem Engagement für unsere Armee entlassene Angehörige der Armee (AdA), wird sich nachher um die Belange der Armee kaum mehr interessieren, weil er von der Thematik ausgeschlossen sein wird. Die nicht mehr in der Armee eingeteilten Stimmbürger werden damit ein Übergewicht erhalten, was sich für unsere Landesverteidigung fatal auswirken wird.

Das Bedrohungsbild hat sich seit dem Fall des eisernen Vorhanges wohl gewandelt, es ist diffuser und unberechenbarer geworden, die heile Welt ist nicht ausgebrochen. Dies zeigen unter anderem die wahnsinnigen Potentaten, die allenthalben am Drücker fast weltumspannender (Vernichtungs-) Waffensysteme sitzen. Selbst Führer von Grossmächten sehen darin eine grosse Gefahr. Nur in der Schweiz glaubt man die Augen vor den neuen Gefahren verschliessen zu können. Dass sich bis vor Kurzem, nur wenige Flugstunden von uns entfernt (Ex-Yu), die grässlichsten Kriegereignisse abspielten, wirkt in diesem Zusammenhang auch nicht beruhigend. Es besteht auch keinerlei Garantie dafür, dass wir uns nicht unversehens mit einem zu uns importierten Bürgerkrieg oder ähnlichen Erscheinungen auseinandersetzen werden müssen. Wenn nun der aktive Bestand der Armee, wie der neuste Entscheid des Bundesrates festlegt, nur noch 100'000 bis 120'000 AdA betragen soll, kann bei veränderter Lage personeller Aufwuchs notwendig sein.

Die LKMD hat sich mit den zwei dargelegten Schwachpunkten befasst und ist zur Auffassung gelangt, dass sie ihren Lösungsansatz auf breiterer Ebene einbringen muss.

Durch das gezielte, auf den Bedarf abgestimmte Hinausschieben des Entlassungsalters aus der Armee, im Einvernehmen mit den AdA, kann für den Fall eines nötigen personellen Aufwuchses eine Reserve von nicht mehr eingeteilten AdA geschaffen werden, die diese Bezeichnung auch verdient. Die AdA sollen ihre persönliche Ausrüstung bis zur hinausgeschobenen Entlassung behalten. Überdies sollen sie, um fachlich à jour zu bleiben, ausserdienstlich

Chancen in der Ausbildung erhalten. Die Aus- und Weiterbildung wie auch allfällig weitere Leistungen können durch Vereinbarungen mit den bestehenden ausserdienstlichen Verbänden als Partner des VBS abgedeckt werden. So bleibt ein bestimmter Bestand von AdA noch eine Anzahl von Jahren eingebunden und die militärischen Verbände werden durch die ihnen übertragenen Aufgaben gefordert. Beides ist aus staatspolitischen Gründen unerlässlich. Kostenmässig dürfte eine derartige Lösung, gemessen am Gesamtbudget VBS, kaum ins Gewicht fallen, da mit dieser Lösung das Dienstpflichtalter wie auch der Bestand an Personen, die noch Dienst leisten, auf die Entwicklung angepasst werden können.

Wir sind sicher, hiermit einen echten Beitrag zu leisten, damit auch unsere Armee XXI eine taugliche und im Volk verankerte Armee bleiben wird. Wir sehen uns gezwungen mit diesem Vorschlag an die Öffentlichkeit zu treten, weil wir der festen Überzeugung sind, dass neben den wehrpolitischen Anliegen auch die staatspolitischen Aspekte nicht vernachlässigt werden dürfen.